



Pressemitteilung der Elternkammer Hamburg vom 30. September 2009

## **Elternkammer begrüßt erste Maßnahmen des Aktionsbündnisses Bildung und Beschäftigung Aber: Dringender Handlungsbedarf für Abitur-Doppeljahrgang 2010**

Die Elternkammer begrüßt ausdrücklich, dass das „Aktionsbündnis Bildung und Beschäftigung“ aus Senat, Wirtschaft, Gewerkschaften, Arbeitsagentur und team.arbeit.hamburg erste Maßnahmen für zusätzliche Ausbildungsplätze und für die Verbesserung des Übergangs von der Schule in den Beruf beschlossen hat. **„Dem bereits im Juni präsentierten Rahmenkonzept für verbesserte Ausbildungsreife sowie Berufs- und Studienorientierung folgen somit praktische Schritte für die Schulabgänger“**, so Kammer-Vorsitzender Hans-Peter Vogeler.

Gleichzeitig macht Vogeler darauf aufmerksam, **„dass insbesondere für die Schülerinnen und Schüler des Abitur-Doppeljahrgangs 2010 (und der darauf folgenden Jahrgänge) nach wie vor zu wenig Vorsorge getroffen wurde und ein dringender Handlungsbedarf besteht.“**

Da im Jahr 2010 mit bis zu 7.500 zusätzlichen Abiturienten in Hamburg und auch in den Folgejahren mit erheblich höheren Bewerberzahlen für hiesige Ausbildungs- und Studienplätze aus anderen Bundesländern zu rechnen sind, ist es nicht hinreichend, wenn Senat und Schulbehörde lediglich mehr Mobilität von den Schulabgängern verlangen. **„Diese Mobilität setzt eine finanzielle Leistungsfähigkeit der Eltern voraus und ist gleichbedeutend mit einer sozialen Hürde, die aus Sicht der Elternkammer nicht hinnehmbar ist“**, kritisiert Vogeler.

Die Elternkammer fordert daher, diejenigen Hamburger Studienanfänger, die nicht in Hamburg studieren werden, mit einer Länderregelung bei der Finanzierung ihres Studiums zu unterstützen, indem die Beträge für die Unterkunftskosten von derzeit maximal 218 €um mindestens 150 €erhöht werden, die Rückzahlung des BAföG erleichtert und eine künftige Rückforderung in Höhe der gewährten Unterkunftskosten gänzlich unterbleibt. Der Hamburger Senat möge entsprechend auf Bundesratsebene die Initiative ergreifen. **„Ohne eine finanzielle Unterstützung werden die Hamburger Abiturienten oftmals das Nachsehen haben“**, gibt Vogeler zu bedenken, „weil ein so attraktiver Standort für Ausbildung und Studium wie Hamburg erheblichem Druck ausgesetzt sein wird.“ Eine Miet-Kompensation für auswärtig Studierende wäre die richtige Antwort.

Aber auch diejenigen rund 50% eines Abiturjahrgangs, die nicht direkt ein Studium anstreben, sondern beispielsweise eine Ausbildung, dürfen nicht aus dem Fokus der öffentlichen Wahrnehmung fallen. Hier ist ein **Ausbau der Ausbildungsoffensive für alle Hamburger Schulabsolventen** dringend nötig. Die Kammer wird auch in Zukunft die o.g. Probleme öffentlich benennen und insbesondere das Gespräch mit den verantwortlichen Institutionen suchen.

Hintergrund: Ein von der Elternkammer Hamburg im Juni 2009 veranstaltetes Experten-Hearing "2010 - Abitur des Doppeljahrgangs" hatte deutlich werden lassen, dass die Problematik des Doppeljahrgangs von den verantwortlichen Stellen nach wie vor unterschätzt wird.

Die Details finden Sie in der angehängten Beschluss vom 29.9.09 (s.u.)

Die Elternkammer vertritt die Interessen der Eltern von rd. 180.000 Schülerinnen und Schülern Hamburgs und berät Bildungsbehörde und Senatorin in allen Fragen der schulischen Bildungspolitik.

---

## **Beschluss der Elternkammer Hamburg vom 29.9.2009**

Nach der von der Elternkammer Hamburger im Juni 2009 veranstalteten Podiumsdiskussion zum Thema "2010 - Abitur des Doppeljahrgangs", an der Vertreter der Behörde für Schule und Berufsbildung, der Behörde Wissenschaft und Forschung, der Universität Hamburg, der Technischen Universität Hamburg-Harburg, der Handelskammer und der Handwerkskammer beteiligt waren, steht zur Überzeugung der Elternkammer fest,

- dass zu wenig Vorsorge für die Abiturienten der nächsten Jahre getroffen wurde und
- dringender Handlungsbedarf besteht:

Im Juli 2010 werden mindestens 5000 zusätzliche Abiturienten in Hamburg die Gymnasien verlassen, weil der erste G8-Jahrgang zusammen mit dem letzten G9-Jahrgang die Schulzeit abschließt.

Sollte, wie aus Presseberichten zu erfahren ist, 2010 sogar mit ca. 14.000 Abiturienten zu rechnen sein, weil bei den bisherigen Hochrechnungen u. a. berufliche Gymnasien behördlich nicht erfasst waren, wird sogar mit rd. 7.500 zusätzlichen Abiturienten zu rechnen sein.

Hinzu kommt, dass die Abiturienten der Jahre 2011 bis 2013 noch schlechtere Studienbedingungen haben werden als die des Doppeljahrgangs 2010: im Jahre 2011 folgt der Doppeljahrgang in Niedersachsen mit rd. 26.000 zusätzlichen Abiturienten und Niedersachsen ist ein sog. Abwanderungsland, d. h. seine Abiturienten wandern in erheblichem Maße in die umliegenden Metropolen Berlin, Hamburg und Bremen ab. Es ist also auch 2011 mit mindestens 6000 bis 8000 zusätzlichen Studienbewerbern in Hamburg zu rechnen. 2012 wird Niedersachsen zwar keinen weiteren Doppeljahrgang haben, aber erneut hohe Abiturientenzahlen (rd. 45.500), die aber 2012 kaum in Richtung Berlin und Bremen abwandern können, weil in Bremen und Berlin und in Brandenburg der Doppeljahrgang dieser Länder folgt. Es wird daher auch 2012 in Hamburg aus Niedersachsen (und aus Brandenburg) mit einer erheblichen Zahl von zusätzlichen Studienbewerbern zu rechnen sein. 2013 folgt dann der Doppeljahrgang in Nordrhein-Westfalen mit über 56.000 zusätzlichen Abiturienten. Die Auswirkungen werden auch in Hamburg zu spüren sein.

Bei dieser Sachlage kann nicht hingenommen werden, dass die Behörde für Schule und Berufsbildung schlicht darauf verweist, dass die Studierwilligen in die östlichen Bundesländer gehen mögen; einen Anspruch auf einen Studienplatz in Hamburg hätten sie nicht.

Letzteres ist ebenso richtig wie die Tatsache, dass in den östlichen Bundesländern die Schülerzahlen stark zurückgegangen und Studienplätze in vielen Fachbereichen zu finden sind.

Es ist aber ungenügend, sich damit zu begnügen, von den Abiturienten der nächsten Jahre Mobilität zu fordern, da diese Mobilität eine finanzielle Leistungsfähigkeit der Eltern voraussetzt und damit Hürden errichtet werden, die nicht akzeptabel sind.

Trotz gebetsmühlenartigen Beteuerungen, das Studium in den benachbarten Bundesländern sei nicht teurer als das in Hamburg sieht die Wirklichkeit anders aus.

Wird daher von den Studienanfängern Mobilität gefordert, so sind diese finanziell zu unterstützen. Wo die notwendige finanzielle Leistungskraft der Eltern fehlt, sind zumindest für die Jahre der Doppeljahrgänge zusätzliche finanzielle Leistungen notwendig.

Die Elternkammer fordert daher, die Hamburger Studienanfänger, die nicht in Hamburg studieren werden, mit einer Länderregelung bei der Finanzierung ihres Studiums zu unterstützen, indem die Beträge für die Unterkunftskosten von derzeit maximal 218 € um mindestens 150 € erhöht werden, die Rückzahlung des BAföG erleichtert und eine künftige Rückforderung in Höhe der gewährten Unterkunftskosten gänzlich unterbleibt.

Der Senat der Freien und Hansestadt Hamburg wird aufgefordert, insoweit über den Bundesrat initiativ zu werden.